

Predöhl, Andreas

Article — Digitized Version

Freihandelszone statt Wirtschaftsgemeinschaft?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Predöhl, Andreas (1966) : Freihandelszone statt Wirtschaftsgemeinschaft?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 46, Iss. 10, pp. 555-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133641>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Freihandelszone statt Wirtschaftsgemeinschaft?

Prof. Dr. Andreas Predöhl, Hamburg

Die lebhafte Diskussion, die die Äußerung des Bundeskanzlers in Skandinavien zur Frage der europäischen Integration ausgelöst hat, leidet unter einer bedenklichen Unklarheit. Wenn man meint, daß man die politische Integration als solche erst einmal auf die lange Bank schieben sollte, so gibt es dafür gute Gründe. Die wirtschaftliche Integration hat nicht unmittelbar mit der politischen Integration zu tun. Sie ist zum mindesten, soweit sie über die Verträge von Rom nicht hinausgeht, nicht von ihr abhängig. Betont man die politische Integration im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen zu stark, so läuft man Gefahr, den Fortschritt der wirtschaftlichen Integration zu beeinträchtigen. So erwünscht die politische Integration ist, sie ist nicht eilig. Auch der Deutsche Zollverein von 1834 hat fast 40 Jahre auf die deutsche Einheit warten lassen.

Gefährlich aber wird die Sache, wenn man die wirtschaftspolitische Integration zugunsten einer bloß freihändlerischen verwässern will. Und das Spiel mit der EFTA läßt befürchten, daß es solche Auffassungen gibt. Die EFTA ist von ganz anderer Struktur als die EWG. Während die EWG nach den Verträgen von Rom als wirtschaftspolitische Union konstruiert ist, ist die EFTA eine bloße freihändlerische Zone. Mit Freihandelszonen und Zollvereinen aber kann man keine Integration mehr betreiben. Seit in der Depression von 1931 der automatische Konjunkturzyklus durch eine aktive Konjunkturpolitik abgelöst und der Goldwährungsmechanismus durch eine autonome Geld- und Kreditpolitik ersetzt worden ist, bedarf es für die Maximierung des Sozialprodukts außer dem Freihandel der Vollbeschäftigungspolitik. Es spukt zwar noch in manchen Köpfen die Vorstellung, man könne zu Freihandel alten Stils und Goldwährung zurückkehren, die ja die ganze Welt durch den Marktmechanismus integriert hatten. Diese Vorstellung übersieht aber, daß dieser Marktmechanismus nicht von ungefähr der aktiven Konjunkturpolitik Platz gemacht hat, daß er vielmehr an der Entartung seiner Voraussetzungen, die schließlich zu lang dauernder Arbeitslosigkeit führte, unwiderruflich zugrunde gegangen ist.

Freihandel und sein Korrelat, die freie Konvertibilität der Währungen, sind nun aber bei stabilen Wechselkursen nur möglich, wenn die Vollbeschäftigungspolitik der einzelnen Staaten aufeinander abgestimmt

wird. Da eine solche Abstimmung der Konjunkturpolitik im Weltraum utopisch ist, bietet sie sich im regionalen, europäischen Rahmen an. Dies um so mehr, als eine solche wirtschaftspolitische Integration einer begrenzten Anzahl einander ähnlicher, eng aufeinander angewiesener Volkswirtschaften nicht nur möglich, sondern sogar erforderlich ist. Im Gegensatz zur Wirtschaft der USA und der UdSSR, die in ihren riesigen Staatsräumen vom Zerfall der Weltwirtschaft in autonom gesteuerte Volkswirtschaften nur wenig berührt worden sind, ist ja die europäische Wirtschaft kreuz und quer zerrissen worden. Es gilt, ihr die Stellung wiederzugeben, die die amerikanische und die sowjetische überhaupt nicht verloren haben. Das ist der Sinn der europäischen wirtschaftspolitischen Integration, die damit eine notwendige Zwischenstufe zur globalen Neuordnung der Weltwirtschaft ist.

Da nun aber dringlich geboten ist, die räumlich beschränkte EWG durch Aufnahme der EFTA-Länder zu erweitern, bietet sich noch ein Kompromiß an: Man könnte unter voller Aufrechterhaltung der wirtschaftspolitischen Integration der EWG eine freihändlerische Assoziation der Randländer konzedieren. Da die Schalthebel der Konjunkturpolitik wie früher die Triebkräfte des Konjunkturzyklus in den industriellen Kernländern liegen, die Randländer also eine autonome Konjunkturpolitik ohnehin nur in beschränktem Ausmaß betreiben können, wäre die einheitliche Konjunkturpolitik auch ohne sie gesichert. England aber müßte sich als Industriekernland der EWG in vollem Umfang einfügen, wenn die Integration überhaupt einen Sinn haben soll. Es hat auch nichts dabei zu verlieren, was es nicht schon verloren hat, aber Entscheidendes zu gewinnen, wahrscheinlich das Ende seiner ständigen Zahlungsbilanzkalamitäten. Wenn man will, könnte man den Mitgliedern des Commonwealth ähnliche Vorteile gewähren, wie sie heute die Mitglieder der Communauté Française genießen. Das wäre ein weiterer Schritt zum globalen Freihandel, wie er ohnehin der EWG bei voller Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftspolitischen Integration angemessen ist und wie er in der Kennedy-Runde schon angestrebt wird. Nicht genug aber kann man vor einem Rückfall in veraltete Freihandelsvorstellungen warnen. Freihandel ja, aber nur in Verbindung mit wirtschaftspolitischer Integration.